

## Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Energie, Wirtschaft, Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVIII/18 FinanzA

Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 16.05.2019, 18:04 Uhr bis 21:05 Uhr

Sitzungsort: Aula im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

### Anwesend sind:

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |    |          |                       |
|----|----------|-----------------------|
| 1. | Ratsfrau | Bischoff, Lilli       |
| 2. | Ratsherr | Bohrßen, Bernd-Konrad |
| 3. | Ratsherr | Schumann, Ralf        |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |    |                       |                     |
|----|-----------------------|---------------------|
| 4. | Ausschussvorsitzender | Dobelmann, Reinhard |
| 5. | Ratsfrau              | Härdrich, Laura     |
| 6. | Ratsherr              | Täger, Stephan      |

#### Mitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |    |          |             |
|----|----------|-------------|
| 7. | Ratsherr | Lux, Thomas |
|----|----------|-------------|

#### Mitglieder AfD-Fraktion

- |    |          |                         |
|----|----------|-------------------------|
| 8. | Ratsherr | Siedler-Borker, Michael |
|----|----------|-------------------------|

#### Mitglieder FDP-Fraktion

- |    |          |                  |
|----|----------|------------------|
| 9. | Ratsherr | Wellhausen, Fred |
|----|----------|------------------|

#### Mitglieder Fraktion AFB-WG

- |     |          |                |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Klein, Bettina |
|-----|----------|----------------|

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- |     |      |                    |
|-----|------|--------------------|
| 11. | Herr | Domogalla, Florian |
| 12. | Herr | Gronenberg, Bernd  |
| 13. | Frau | Pelstring, Doris   |
| 14. | Herr | Rieger, Sebastian  |

#### von der Verwaltung

- |     |                            |                    |
|-----|----------------------------|--------------------|
| 15. | Verwaltungsbeamtin         | Bott, Daria        |
| 16. | Leiter Stab                | Müller, Stefan     |
| 17. | Fachdienstleiter           | Zeidler, Stefan    |
| 18. | Gleichstellungsbeauftragte | Brandts, Susanne   |
| 19. | Rechnungsprüfungsamt       | Heyerhorst, Axel   |
| 20. | Bürgermeister              | Lahmann, Marc      |
| 21. | Wirtschaftsförderer        | Müller, Dr. Thomas |
| 22. | Fachdienstleiterin         | Schwark, Anke      |
| 23. | Verwaltungsvorstand Bau    | Wollny, Alexander  |

#### als Gäste

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 24. | Ratsherr                                   | Schulz, Peter |
| 25. | Arbeiterwohlfahrt                          | Frau Vesper   |
| 26. | Gleichstellungsbeauftragte Region Hannover | Frau Mundt    |

## **Tagesordnung:**

### Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Verpflichtung von beratenden Ausschussmitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls über die 16. Sitzung/XVIII.WP des Finanzausschusses am 07.02.2019
- 4.1. Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2019
5. Frauenberatungstellenkonzept -Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
6. Projekt "Ziel- und Strategiefindung Wirtschaftsförderung" - Bericht der Verwaltung
7. Teilnahme der Stadt Barsinghausen am Verbund der Behördennummer 115 XVIII/0748
8. Jahresabschluss 2018 - Bericht der Verwaltung
9. QEK - Qualitätssteigerungs- und Entwicklungskonzept XVIII/0575
10. Strategische Steuerung: Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte XVIII/0683
11. Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" (HannIT) XVIII/0746
12. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Region Hannover zur Durchführung der Aufgaben des Zensus 2021 XVIII/0756
13. KSG Hannover GmbH - Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung - XVIII/0758
14. Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Barsinghausen GmbH XVIII/0421
15. Mitteilung der Verwaltung
16. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Nichtöffentliche Sitzung:

17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Öffentliche Sitzung:

---

#### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Herr Dobelmann stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 15 „Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2019“ als Tagesordnungspunkt 4.1 nach dem Tagesordnungspunkt 4 zu beraten und die Tagesordnung entsprechend zu ändern. Unter dem Tagesordnungspunkt 4.1 solle zudem Herr Wollny die Möglichkeit haben, die Anfrage der SPD-Fraktion zur Personalsituation in dem Fachdienst Gebäudewirtschaft zu beantworten.

Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion beantragen, den Tagesordnungspunkt 14 „Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Barsinghausen GmbH“ von der Tagesordnung abzusetzen. Herr Siedler-Borker fragt, warum der Tagesordnungspunkt 14 abgesetzt werden solle. Herr Dobelmann antwortet, dass aufgrund noch bestehenden Beratungsbedarfs eine Beratung in dieser Sitzung des Finanzausschusses voraussichtlich nicht zielführend sein könne. Frau Klein merkt an, dass sie die wiederholte Absetzung des Tagesordnungspunktes in verschiedenen Gremien vor dem Hintergrund des Vorbereitungsaufwands seitens der Ratsmitglieder und der Verwaltung im Vorfeld der einzelnen Sitzungen nicht befürworten könne.

Herr Dobelmann lässt über die Anträge zur Änderung und über die entsprechend geänderte Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird in der geänderten Form mit 7 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Der Tagesordnungspunkt 14 wird von der Tagesordnung abgesetzt.
3. Der Tagesordnungspunkt 15 wird als neuer Tagesordnungspunkt 4.1 in der Tagesordnung vorgezogen.
4. Die Tagesordnung wird mit den vorgebrachten Änderungen beschlossen.

---

#### **2. Verpflichtung von beratenden Ausschussmitgliedern**

Herr Lahmann verpflichtet Herrn Domogalla und Herrn Rieger gemäß den Bestimmungen des NKomVG zu beratenden Ausschussmitgliedern.

---

### **3. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

---

### **4. Genehmigung des Protokolls über die 16. Sitzung/XVIII.WP des Finanzausschusses am 07.02.2019**

Bezugnehmend auf das Protokoll zum Tagesordnungspunkt 4 der 16. Sitzung des Finanzausschusses vom 07.02.2019 fragt Herr Dobelmann, ob die in der damaligen Sitzung angedachte Vereinbarung mit dem Tourismusverein Barsinghausen bezüglich der Installation eines Lichtobjektes auf der Halde bereits geschlossen sei. Herr Müller verneint dies.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Protokoll der 16. Sitzung / XVIII. WP des Finanzausschusses am 07.02.2018 wird genehmigt.

---

#### **4.1. Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2019**

Herr Träger erläutert den Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2019.

Frau Schwark verweist auf die Drucksache XVIII/0604 und trägt die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Antwort vor.

Frau Härdrich fragt, ob es neben der Eignungstestung bei der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen weitere Möglichkeiten gäbe, um sich für den Angestelltenlehrgang II zu qualifizieren. Herr Lahmann antwortet, dass dies derzeit bei der Stadt nicht der Fall sei. Der Eignungstest der DGP diene der Prognose der Erfolgchancen bei Absolvieren des Angestelltenlehrgangs und damit der Prüfung der Verwaltung, ob die Übernahme der Kosten, die mit einer Teilnahme eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin am Lehrgang verbunden seien, wirtschaftlich erscheine. Er weist daraufhin, dass auch die Geeignetheit der Auszubildenden der Stadt durch die DGP getestet werde und auch andere Kommunen die Eignungsprüfung für Aus- und Fortbildung nutzen würden.

Herr Träger fragt, ob im technischen Bereich Weiterbildungsmöglichkeiten bestünden, die eine Zahlung von Zulagen ermöglichen würden. Frau Schwark verneint dies.

Herr Dobelmann erläutert die Anfrage der SPD-Fraktion zur aktuellen Personalsituation im Fachdienst Gebäudewirtschaft.

Herr Wollny berichtet, dass seit dem vergangenen Finanzausschuss vier der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachdienstes die Stadt Barsinghausen verlassen hätten. Zudem seien zwei Beschäftigte langzeiterkrankt. Ein neuer Mitarbeiter sei seit zwei Monaten im Fachdienst und es gäbe eine Interessentin für die Stelle der technischen Zeichnerin. Insgesamt habe der Fachdienst Gebäudewirtschaft gemäß Stellenplan einen Bedarf von 20 Stellen, von denen lediglich 12 Stellen besetzt seien. Von diesen acht unbesetzten Stellen, die teilweise bereits zwei Mal erfolglos ausgeschrieben worden seien, sähen sechs Stellen eine Besetzung mit Ingenieuren vor.

Herr Dobelmann fragt, wie bei dieser Personalsituation eine fristgerechte Aufgabenerledigung und Fertigstellung von Baumaßnahmen gewährleistet werden solle. Herr Wollny antwortet, dass die aktuell im Stellenplan vorgesehenen Stellen grundsätzlich ausreichend bemessen seien. Um Ingenieure kurzfristig zu entlasten, werde versucht, Aufgaben auf die Verwaltungskräfte zu verlagern. Zudem versuche man die Stellenausschreibungen nicht nur auf Ingenieure zu beschränken, sondern auf Techniker zu erweitern. Schließlich prüfe man aktuell mit einem ersten Projekt die Entlastungsmöglichkeiten einer Totalunternehmervergabe.

Herr Dobelmann erkundigt sich, ob der Zeitplan für die Baumaßnahmen in diesem Jahr derzeit noch eingehalten werden könne. Herr Wollny erläutert, dass mit den derzeitigen Baumaßnahmen im Schulzentrum, den Neubauten der Lisa-Tetzner-Schule, der Wilhelm-Stedler-Schule und des Feuerwehrhauses sowie mit den Sanierungsmaßnahmen in der KGS und weiteren kleineren Bauprojekten der aktuelle Zeitplan eingehalten sei.

Er fügt hinzu, dass eine zeitlich realistische Darstellung der Mittelabflüsse in der Haushaltsplanung beabsichtigt sei. Im Falle einer Besetzung sämtlicher im Stellenplan aufgeführten Stellen, sei ausreichend Personal vorhanden. Die Beschäftigten müssten aber durch Maßnahmen der Mitarbeiterbindung aber auch durch Eingruppierung der im Stellenplan vorhandenen Stellen in höhere Entgeltgruppen gehalten werden.

Herr Lahmann ergänzt, dass im Fachdienst Tiefbau bereits mehrere Höhergruppierungen erfolgt seien. Zudem habe eine Prüfung durch den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) zur Fachkräfte-Richtlinie ergeben, dass es möglich sei, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine Zulage von bis zu 1.000 Euro zu zahlen. Vor dem Hintergrund der Konkurrenz der Kommunen um die Gewinnung von Fachkräften würden solche Zulagen eher nicht in Betracht gezogen. Lediglich in besonderen Einzelfällen würden die Möglichkeiten von Zulagen geprüft werden.

---

## **5. Frauenberatungsstellenkonzept -Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

Frau Brandts stellt die Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover, Frau Mundt, sowie die Fachbereichsleiterin der Hilfe für Frauen bei der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V., Frau Vesper, vor. Sie sagt, dass es bisher keine Frauenberatungsstelle gebe, obwohl ein über die Jahre konstant bleibender Bedarf zu verzeichnen sei. So seien in den vergangenen vier Jahren durchschnittlich 57 Fälle von Gewalt gegen Frauen in Barsinghausen bei der Polizei gemeldet worden.

Frau Brandts sagt, dass sie eine Beschlussvorlage für den kommenden Sitzungslauf erarbeiten werde, in der sie den Beschluss der Beteiligung der Stadt Barsinghausen an dem Frauenberatungsstellenkonzept der Region Hannover empfehlen werde.

Frau Mundt stellt das Frauenberatungsstellenkonzept der Region Hannover und die Möglichkeiten einer Beteiligung der Stadt Barsinghausen anhand der diesem Protokoll beigefügten Präsentation vor.

Herr Lahmann sagt, dass er grundsätzlich eine Beteiligung der Stadt Barsinghausen an dem Frauenberatungsstellenkonzept und eine Einverständniserklärung sämtlicher regionsangehörigen Kommunen mit den Standards der Region Hannover befürworte. Voraussetzung für die Beteiligung der Stadt Barsinghausen sei aus seiner Sicht, dass eine Frauenberatungsstelle in Barsinghausen eingerichtet werde. Zudem spricht er sich dafür aus, zunächst zu prüfen, in welchem Umfang sich die Nachbarkommunen an der Förderung der Beratungsstellen beteiligen würden.

Frau Vesper stellt die praktische Arbeit in den von der AWO betriebenen Frauenberatungsstellen vor. Frau Härdrich fragt, inwiefern seitens der AWO auch Präventionsarbeit betrieben werde. Frau Vesper benennt beispielhaft die Präventionsmaßnahmen der Teilnahme an

Elternabenden in Kindertagesstätten und des Beratungsrundlaufs durch Schulen, in dessen Rahmen verschiedene Beratungsstellen ihre Arbeit in den Schulen vorstellen.

Frau Klein erkundigt sich, in welcher Form die Frauenberatungsstellen in konkreten Gefährdungssituationen mit anderen Stellen zusammenarbeiten. Frau Vesper antwortet, dass es in Hannover drei Frauenhäuser gebe, an die die Beratungsstelle Frauen in Gefährdungssituationen empfehle. Die Frauenhäuser würden sich dann um alle weiteren Hilfs- und Beratungsangebote kümmern.

---

## **6. Projekt "Ziel- und Strategiefindung Wirtschaftsförderung" - Bericht der Verwaltung**

Herr Dr. Müller erläutert den aktuellen Stand des Projekts anhand der diesem Protokoll beigefügten Präsentation.

Herr Täger erkundigt sich nach der geplanten weiteren Vorgehensweise. Herr Dr. Müller antwortet, dass auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse aus der Befragung und der SWOT-Analyse zunächst eine Strategie entwickelt werde. Aus dieser Strategie würden in einem nächsten Schritt die Ziele der Wirtschaftsförderung erarbeitet werden. Schließlich sind diese Ziele unter Einbezug der Öffentlichkeit mit geeigneten Maßnahmen zu füttern. Herr Müller ergänzt, dass für die Fortführung des Projekts verwaltungsseitig die Ausschreibung der Stelle mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Marketing erforderlich sei. Zuvor sei allerdings zu prüfen, welche Aufgaben konkret auf dieser Stelle wahrzunehmen seien.

Herr Gronenberg fragt, inwiefern seitens der Industrieunternehmen eine Bereitschaft zur Mitwirkung an der Erstellung von Wirtschaftsförderungskonzepten bestehe. Herr Lahmann sagt, dass es bereits eine Vernetzung der Verwaltung mit Barsinghäuser Unternehmen in einem Wirtschaftsrat gäbe. Herr Müller ergänzt, dass im Rahmen des Projektes auch gemeinsame Workshops mit Wirtschaft und Politik angedacht seien.

---

## **7. Teilnahme der Stadt Barsinghausen am Verbund der Behördennummer 115 Vorlage: XVIII/0748**

Herr Lahmann erläutert die Beschlussvorlage. Er sagt, dass eine Teilnahme der Stadt Barsinghausen zum 01.01.2020 als Pilotkommune aus seiner Sicht unrealistisch sei. Eine Entlastung der städtischen Beschäftigten durch die Teilnahme werde zwar erwartet, allerdings ließen sich bisher weder ihr Umfang noch die Kosten der Teilnahme einschätzen.

Daher halte er es für sinnvoll, zunächst abzuwarten, welche Erfahrungen die Pilotkommunen mit der Teilnahme sammeln würden.

Herr Lux fragt, welche Auswirkungen sich durch eine Teilnahme der Stadt Barsinghausen am Verbund der Behördennummer 115 auf das Verwaltungspersonal ergeben würden.

Herr Lahmann antwortet, Ziel der Teilnahme sei eine Entlastung des städtischen Personals. Voraussichtlich werde es jedoch durch diese Entlastung nicht zu einem Personalüberschuss, sondern vielmehr zu einer Umverteilung der Aufgaben zum Abbau von Überlastungen kommen.

Herr Dobelmann äußert die Sorge, dass durch die zentrale Behördennummer der direkte Kontakt der Bürger mit den lokalen Sachbearbeitern verloren gehen könne. Dies sei bereits bei der Aufteilung von Front- und Backoffice in den Jobcentern so zu beobachten.

Herr Lahmann erklärt, dass sich der Eindruck, der bei den Anrufern entstünde, über die bei

der Behördennummer hinterlegten Antworten auf die häufigsten Fragen steuern ließen. So könne in den Antworten auch ein konkreter Bezug zu Barsinghausen hergestellt werden.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

## **8. Jahresabschluss 2018 - Bericht der Verwaltung**

Herr Zeidler erläutert das vorläufige Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 anhand der diesem Protokoll beigefügten Präsentation. Wie bereits in den vergangenen Haushaltsjahren konnte erneut ein Überschuss erreicht werden. Zudem war aufgrund der guten Liquiditätssituation der Stadt Barsinghausen weder eine Aufnahme von Liquiditätskrediten noch eine Investitionskreditaufnahme erforderlich.

Er weist jedoch darauf hin, dass es mehrere Indizien für eine deutlich negativere Entwicklung der Haushaltssituation in künftigen Haushaltsjahren gäbe. Hierzu zählen zum einen die zwar in 2018 reduzierten aber dennoch in erheblichem Umfang bestehenden investiven Haushaltsreste, deren Finanzierung in künftigen Haushaltsjahren nur teilweise durch übertragene Kreditermächtigungen sichergestellt sei. Zudem würden die positiven Ergebnisse der vergangenen Haushaltsjahre wesentlich durch die Erträge aus der Gewerbesteuer sowie den Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer getragen. Diese seien jedoch stark abhängig von der Konjunktur. Außerdem zeichne sich im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres erneut eine relative Ertragssteigerungsrate ab, die unterhalb der relativen Aufwandssteigerung liege.

Herr Täger merkt an, dass Investitionsprojekte im Falle einer schnelleren Umsetzung günstiger wären, da hier Preissteigerungen eingespart werden könnten.

Herr Lux erkundigt sich nach den Möglichkeiten, die Haushaltssituation für künftige negativere Entwicklungen zu stabilisieren. Herr Lahmann antwortet, dass die Rücklage aus Überschüssen der Ergebnisse aus Vorjahren dazu dient, mögliche Fehlbeträge in künftigen Haushaltsjahren decken zu können. Allerdings werde die Entwicklung der Haushaltssituation durch viele Faktoren bestimmt, die von der Stadt Barsinghausen nicht beeinflussbar seien.

---

## **9. QEK - Qualitätssteigerungs- und Entwicklungskonzept Vorlage: XVIII/0575**

Herr Lahmann erläutert die Informationsvorlage.

Frau Klein fragt, ob vor dem Hintergrund des bisher nicht vorliegenden Ratsbeschlusses bereits die Aufhebung der Straßenausbaubeiträge ohne eine Gegenfinanzierung in der Hochrechnung der Haushaltszahlen berücksichtigt worden sei. Herr Lahmann bestätigt dies.

Frau Klein bittet um eine Aufstellung sämtlicher Kosten der einzelnen Beschlüsse, die in der Hochrechnung berücksichtigt wurden. Sie fragt, ob die im Maßnahmenkatalog aufgeführten Maßnahmen zusätzlich zu den teilweise bereits in den Beratungen zu den Nachtragshaushaltsplänen beschlossenen Maßnahmen vorgeschlagen würden.

Herr Müller bestätigt dies. Er erläutert die Berechnungsweise der verschiedenen Varianten der Hochrechnung der Jahresergebnisse für die kommenden zehn Haushaltsjahre. Um eine realistische Einschätzung der künftigen Haushaltssituation zu gewährleisten, seien zum

einen die langfristigen Investitionsbedarfe der Fachdienste, zum anderen grundsätzlich auch die finanziellen Auswirkungen bereits vorliegender oder auch zu erwartender Ratsbeschlüsse berücksichtigt worden. Er weist darauf hin, dass sich selbst im Falle der Fortschreibung der anhand der Ergebnisse vergangener Haushaltsjahre seit Einführung der Doppik ermittelten bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen für die kommenden Haushaltsjahre (Variante A) spätestens ab dem Haushaltsjahr 2025 Fehlbeträge ergeben würden. In den optimistischen Hochrechnungsvarianten A und B sei noch nicht die aktuell seitens der Experten prognostizierten negative konjunkturellen Entwicklung und ein damit verbundener Rückgang der Steuererträge berücksichtigt worden. Diese Prognose sei dagegen in die realistische Hochrechnung (Variante C) und das Worst-Case-Szenario (Variante D) eingeflossen. Herr Müller betont zudem die kritischen Auswirkungen von Fehlbeträgen in künftigen Haushaltsjahren auf die Liquiditätslage der Stadt. Eine Erweiterung des Leistungsumfangs der Stadt, wie sie ursprünglich mit einem Qualitätssteigerungs- und Entwicklungskonzept angedacht worden sei, könne angesichts mangelnder finanzieller Gestaltungsspielräume insbesondere vor dem Hintergrund des strategischen Oberziels des Erhalts der stabilen Kommunalfinanzen von der Verwaltung nicht befürwortet werden.

Herr Dobelmann sagt, die Informationsvorlage sei als Auftakt für konkrete Beratungen einzelner Maßnahmen in den Haushaltsplanberatungen zu verstehen.

Herr Müller bestätigt dies und fügt hinzu, dass sämtliche Fachdienste der Verwaltung Ideen für Maßnahmen zur Qualitätssteigerung entwickelt hätten, die in dem der Informationsvorlage beigefügten Maßnahmenkatalog zusammengetragen worden seien. Dieser Maßnahmenkatalog sei als Hinweis für die Mitglieder des Rates gedacht, um im Rahmen künftiger Haushaltsplanberatungen Maßnahmen für die Leistungssteigerung der Stadt erneut zu diskutieren.

Herr Gronenberg bittet um Stellungnahmen des Personalrats zu einzelnen Maßnahmen.

Herr Lahmann sagt, die Verwaltung werde nähere Informationen, Stellungnahmen und konkrete Berechnungen vorlegen, wenn die Fraktionen die Beratung einzelner Maßnahmen beantragen würden.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

## **10. Strategische Steuerung: Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte** **Vorlage: XVIII/0683**

Herr Müller erläutert die Beschlussvorlage. Er sagt, dass die Änderungen an einzelnen Produktzielen und Kennzahlen, die im Rahmen der Beratungen der Drucksache im Ordnungs- und Ehrenamtsausschuss beschlossen worden seien, für die Beratung im Verwaltungsausschuss und Rat eingearbeitet würden.

Herr Dobelmann schlägt vor, den Tagesordnungspunkt für behandelt zu erklären und lässt darüber abstimmen. Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig für behandelt erklärt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt



1. Die als Anlage beigefügten Produktziele und Kennzahlen für die Haushaltsjahre des Doppelhaushalts 2020 / 2021 werden beschlossen.
2. Ab dem Haushaltsjahr 2020 unterrichtet die Verwaltung den Rat zweimal jährlich im Rahmen eines unterjährigen Berichtswesens von der Entwicklung der wesentlichen Produkte.

---

**11. Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" (HannIT)  
Vorlage: XVIII/0746**

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt dem Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT und der damit verbundenen Satzung zur 6. Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT) zu.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beteiligung weiterer Träger und über die Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT) abzuschließen.

---

**12. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Region Hannover zur Durchführung der Aufgaben des Zensus 2021  
Vorlage: XVIII/0756**

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufgabe zur Durchführung des Zensus 2021 nach den §§ 1 und 2 des Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011 (Nds. AG ZensG 2011) vom 6. Oktober 2010 auf die Region Hannover zu übertragen und
2. den anliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Region Hannover gem. § 1 Abs. 4 des Niedersächsischen Statistikgesetzes (NStatG) zur Durchführung der Aufgabe des Zensus 2021 abzuschließen.

---

**13. KSG Hannover GmbH - Weisung an den Vertreter der Stadt in der Generalversammlung -  
Vorlage: XVIII/0758**

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der KSG Hannover GmbH wird angewiesen, Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Gesellschafterversammlung beschließt unter Bezugnahme auf § 13 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages die Feststellung und Genehmigung des Jahresabschlusses 2018 (Lagebericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang).
2. Die Gesellschafterversammlung beschließt unter Bezugnahme auf § 13 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages folgende Verwendung des festgestellten Bilanzgewinnes i.H.v. **2.219.956,46 EUR**:  
Auf das dividendenberechtigte Kapital (eingezahltes Stammkapital) i.H.v. 2.877.000 EUR wird eine Dividende von **1.000.000 EUR** ausgeschüttet.  
Der Restgewinn 2018 von **1.219.156,46 EUR** wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.
3. Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2018 die Entlastung erteilt.
4. Der vdw Niedersachsen/Bremen wird für das Geschäftsjahr 2019 zum Abschlussprüfer bestellt.

#### **14. Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Barsinghausen GmbH Vorlage: XVIII/0421**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

#### **15. Mitteilung der Verwaltung**

Herr Müller teilt mit, dass die Erträge aus den Anteilen der Einkommensteuer zum 01.05.2019 eingegangen seien. Dabei sei die Steigerungsrate gegenüber der Entwicklung in Vorjahren deutlich geringer ausgefallen.

Er berichtet zudem, dass der Verwendungsnachweis der Deister-Freilicht-Bühne für den Investitionszuschuss für die Dach- und Heizungssanierung vorgelegt und bereits durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft worden sei.

Herr Müller sagt, dass in der Hauptversammlung der Avacon AG neben dem Jahresabschluss 2018 unter anderem auch eine Dividendenausschüttung an die Stadt Barsinghausen in Höhe von 130.000 Euro beschlossen worden sei.

#### **16. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Es werden keine Anträge, Anfragen oder Anregungen an die Verwaltung vorgetragen.

Herr Dobelmann schließt die öffentliche Sitzung.

Die Sitzung wird um 21:05 Uhr geschlossen.

Marc Lahmann  
Bürgermeister

Daria Bott  
Protokollführung